

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 76 (1996)
Heft: 7-8

Artikel: Zum Jubiläum der "Schweizer Monatshefte" : wohin mit 75 Jahren?
Autor: Cheneaux-Repond, Dieter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-165595>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ZUM JUBILÄUM DER «SCHWEIZER MONATSHEFTE»

Wohin mit 75 Jahren?

Warum nicht einfach: Wohin? Stellt sich die Frage nach der individuellen, nach der kollektiven Zukunft des Menschen nicht ungeachtet seines Lebensalters?

Ja und nein. Gewiss ist die Frage, wie wir unser Pfund verwalten, zunächst einmal gleichbedeutend mit der sorgsamsten Wahrnehmung unserer Ressourcen im weitesten Sinne. Ich denke dabei nicht allein etwa an die vielberufenen Rohstoffe, vielmehr und vor allem an unser geistiges und seelisches Potential. Nennen wir das einmal die Kraft unserer Kultur. Aber diese Frage trifft den naiven Menschen anders als den erfahrenen. Das Erlebte, das Erschaffene wie das Unerreichte machen uns Heutige skeptisch, zuweilen so sehr, dass wir, um mit *Gottfried Benn* zu sprechen, «*der Hefe im Dunkel unseres Kruges*» nicht mehr gewahr werden.

Wer kurz vor dem Ende dieses Jahrhunderts seinen 75. Geburtstag feiert, ist erfahren, ist geprägt. Was bedeutet dies für eine in Zürich erscheinende Monatsschrift «für Politik, Wirtschaft und Kultur»? Werfen wir einen kurzen Blick zurück.

Zürich, die grösste Stadt der Schweiz, war bis zum Ende des Ersten Weltkriegs stark von Deutschland geprägt. Der kräftigste Spross eines republikanischen und teilweise direkt-demokratischen Staatswesens in der Mitte des 19. Jahrhunderts und ein empfängliches Überlaufbecken für ein noch monarchistisches Deutschland tat sich durch seine Besonderheit alles andere als Abbruch. Ungeschmälert entwickelte sich diesseits wie jenseits des Rheins Selbstbewusstsein. Denn aus dem Komplementären entstand mancherlei Befruchtung.

Der Erste Weltkrieg setzte unser Land einer Zerreihsprobe aus – der Name *Carl Spitteler* stehe dafür. Die Schweiz hatte sich nie zuvor so unerwartet andersgeartet als ihr politisches Umfeld gefühlt. Sie hatte sich irgendwie neu und dauerhaft zu definieren, und dies inmitten sozialen Unfriedens.

Zürich wurde von diesem Paradigmenwechsel stärker getroffen als andere Schweizer Städte, gerade wegen seiner jahrzehntelangen Prägung von deutschen Einflüssen auf Universität und Eidgenössische Technische Hochschule, auf die Wirtschaft sowie auf die Armee und deren gesellschaftliche Stützen. Man muss zuweilen daran erinnern, dass General *Ulrich Wille* sein Kommando nicht usurpiert hat, sondern als Ergebnis bundesweiter demokratischer Ausmarchung

damit betraut wurde. Die Inschriften von Schweizer Studenten an den Karzerwänden der Universität Jena z.B. legen Zeugnis ab von der damaligen Anziehungskraft deutscher Hochschulen!

Und nun diese Ernüchterung, dieses voneinander Abgeschnittensein. In der Schweiz der Übergang zur sich vorantastenden pluralistischen Gesellschaft, jenseits des Rheins emotionale Öde, Beginn der Auflösung der alten Ordnung.

Die Gründung der Zeitschrift «*Schweizer Monatshefte*» fiel nicht von ungefähr in die erste Nachkriegszeit. Sie wollte Mittlerin sein, Halt bieten im Kampf brauner und roter Ideologen. Leicht konnte dies nicht fallen. Das Bürgertum sah das von ihm Erschaffene von links stärker bedroht als von rechts. Das wusste *Hitler* auch und machte es sich zunutze. Aber Mitte der dreissiger Jahre nahmen die Abwehrinstinkte überhand. Dabei liessen die Zeiten und ihre Not dem Liberalismus nur schmalen Raum. Die Schweiz, die deutschsprachige zumal, igelte sich ein in enger Rechtgläubigkeit. Heimatstil nicht nur in der Architektur, sondern auch in Sprache und Kultur, Volkstümlichkeit zu Lasten alles Elitären.

Wir haben die durch den Krieg auferlegte Provinzialisierung in der deutschen Schweiz auch 50 Jahre nach Kriegsende nicht überwunden. Das liberale Deutschland war vernichtet. Flüchtlinge wie der weltoffene, grosse Liberale *Wilhelm Röpke*, der wiederholt auch in den «*Schweizer Monatsheften*» publizierte, blieben Einzelerscheinungen. Und wenn Zürich sich schwerer tat als andere Schweizer Städte, so vielleicht deshalb, weil für diese Stadt der Weg der Regression von weither kam. Ein Beispiel: Noch Anfang der sechziger Jahre, als das Tonhalleorchester bei der Berufung eines neuen Chefdirigenten vor der Wahl stand, den Besten oder einen Schweizer zu erküren, wollte das Orchester den Besten, der Verwaltungsrat den Schweizer, eine aus Zwangsvorstellungen geborene Alternative, die es zuvor niemals gegeben hatte. Beide Wünsche waren zugleich nicht zu erfüllen. Wer sich durchsetzte, ist bekannt. In der Literatur, im Theater kam die starke Betonung des Eigenständigen tatsächlich erst Ende der fünfziger Jahre zur Wirkung. *Emil Staiger*, *Friedrich Dürrenmatt*, *Max Frisch*, sie gehörten noch der deutschsprachigen Welt. Die Zeche, zumal in Zürich, in dessen Umgebung ich neun glückliche Jugendjahre verbracht habe, ging zu Lasten geistiger Liberalität.



Der britische Premierminister Winston Churchill setzt sich 1946 in Zürich für die Einigung Europas ein.

Gewinner waren im wirtschaftlichen Bereich der Korporativismus, im weltanschaulichen Bereich die Rechtsgläubigen. Es gab weder «*Le Monde*» noch «*Die Zeit*» (die übrigens kürzlich aus Anlass ihres Besitzerwechsels von einer sehr bedeutenden Schweizer Zeitung nicht ohne Anflug von Biederkeit «*eine ganz gewöhnliche Wochenzeitung*» genannt worden ist). Rührt die neuerdings vielberufene Krise des Liberalismus nicht eben gerade daher, dass man die Abgrenzung zum allzu spezifischen Schweizertum durchaus unliberaler Prägung zu lange vernachlässigt hat und intellektuell anspruchsvolle Toleranz auf den Eidgenössischen Dank-, Buss- und Betttag beschränkte?

Die «*Schweizer Monatshefte*» – und dies verdient hohe Anerkennung – haben stets Gegensteuer gehalten. Sie suchen – erst recht seitdem sie in neuem Gewande erscheinen – mehr Wahrheit durch mehr Dialog. Sie glauben an Überzeugungskraft durch die Fähigkeit zuzuhören, anstelle unreflektiert dasjenige als objektive Wahrheit zu verkünden, was im Grunde fein verpackte Ideologie ist.

Ein solcher Jubilar ist rüstig, und vielleicht tut gerade jetzt nichts so sehr not wie solche Rüstigkeit. Denn die heute lebenden Schweizerinnen und Schweizer stehen vor Grundsatzentscheidungen, die sich umso dringender stellen, als ein jahrzehntelanger Hedonismus sie zu verdrängen suchte. Ich will hier nur auf einige unter ihnen Schlaglichter werfen. Ein Hauptthema ist die Reform unserer Institutionen in einem europäischen Umfeld, dessen erfolgreiche Formierung für unser Land von schicksalhafter Bedeutung ist, ohne unsern Gewohnheiten dabei ganz zu entsprechen. Stichworte: Wieviel beschleunigender, aber auch dem Irrtum ausgesetzter «grosser Wurf» gegen wieviel bremsende «Bürgernähe»? Wieviel Subsidiarität? Wieviel Föderalismus gegen wieviel Demokratie? Wieviel direkte Demokratie, wieviel indirekte, repräsentative? (Dass wir auch in der Schweiz beides kennen, ist vielen Landsleuten nicht einmal bewusst.) Der Erfahrungssatz etwa hilft kaum

weiter, der besagt, der Föderalismus funktioniere um so besser, als er nicht «von oben» erzwungen werde. Denn was tun, wenn er sich ohne Zwang überhaupt abmeldet? Dass dies keine bloss akademische Frage ist, zeigt die wachsende Desolidarisierung in unserem Land, genauer: krasse Mängel in der Zusammenarbeit der Kantone und Gemeinden.

Vielleicht noch schärfer stellt sich die Solidaritätsfrage bei der Zurückbindung des Wohlfahrtsstaates. Dass seine bürokratischen Wucherungen einen grossen Teil der den Schutzbedürftigen und Förderungswürdigen zgedachten Mittel *en cours de route* wegessen, dass sie die Energien des Einzelnen, sich selbst zu helfen, weitgehend lahmzulegen drohen und dass wir uns im Panzer der Umklammerung durch hoheitliche Regelungen selbst gefangen halten – daran zweifeln im Ernste die Wenigsten. Aber auch hier liegt das Heilmittel kaum in der wieder stark in Mode geratenen Beschwörung des Freiheitsbegriffs englischer Ökonomen des 18. Jahrhunderts und der Gründerväter der amerikanischen Verfassung. Die einen waren, nicht ungleich ihrer heutigen Apologeten, ja doch fast ausnahmslos gut betuchte Leute; die andern verstanden unter der Freiheit des Menschen diejenige des weissen Mannes. – *Tempi passati*. Joachim Fest bemerkte zutreffend, die Sakralisierung des Vergangenen zeige stets kulturelle Abschwächungen an.

Verschliesst man seine Augen nicht einfach vor der Tatsache, dass es auch heute noch eine ganz erhebliche Zahl unschuldig Benachteiligter gibt – Witwen und Waisen, Invalide und Chronischkranke, kurz: Versehrte – so stellt sich die Frage eigentlich recht einfach: Ist es möglich, Wohlfahrt so zweckmässig als eben möglich auf die unterste, bürgernächste staatliche Ebene zu verlegen und, weit besser noch, wieder vermehrt privater Solidarität anzuvertrauen? Dazu ist es mittlerweile spät, hoffentlich nicht zu spät geworden. Nicht zu spät, weil man es sich lieber nicht vorstellen möchte, dass die Reichen und die Angehörigen der Mittelschicht unberührt neben ungebührlich Vernachlässigten daherzuleben imstande sind. Nimmt man allerdings die wachsende Tendenz gewahr, mit angehäuften Reichtümern im wahrsten Sinne des Wortes das Weite zu suchen, so erscheinen Zweifel an der Regenerationsfähigkeit privater Spende- und Teilungsbereitschaft erlaubt.

Es heisst, der Liberale sei der Freiheit und der Würde des Menschen verschrieben. Machen wir aus «des Menschen» «der Menschen», so sehen wir schon genauer. Dann muss indessen die Freiheit des Einzelnen ihre natürlichen Grenzen im gleichwertigen Anspruch des Nächsten finden. Von da ist es bis zu der Folgerung eines *Kurt Tucholsky*, Freiheit sei die Fähigkeit, die Gitterstäbe seines Gefängnisses nicht zu berühren, nur ein kleiner Schritt.

Diese ebenso zynische wie profunde Folgerung wollen wir nicht ziehen. Bekenntum ist notwendig, aber es hat auf die Erkenntnis zu folgen, nicht umgekehrt. Gemeint ist damit auch die Erkenntnis der bloss relativen Qualität unserer individuellen Wahrheitsfindung.

Darin drückt sich wirklicher, beständiger Liberalismus aus. Er darf den Vorzug für sich beanspruchen, durch Zuhörbereitschaft die Basis des Einvernehmens unter Trägern unterschiedlicher Meinungen mitzugestalten.

Wir bedürfen seiner im Sinne vermehrter Unvoreingenommenheit auch in Anbetracht bedrängender Fragen, die unsere Gesellschaft, im Gegensatz zu den eben skizzierten Problemstellungen, noch nie hat beantworten müssen. Ich denke vor allem an eine in der ökonomischen Entwicklungsgeschichte begründete Arbeitslosigkeit, die uns auch nach der Bewältigung struktureller Anpassungsprozesse in die Zukunft begleiten wird. Es wird darum gehen, dem Begriff der sogenannten Freizeitgesellschaft den negativen Anstrich des Müsiggangs zu nehmen. Das heisst die zunehmende Entlastung von tagesfüllender, von ständig wiederholten Arbeitsgängen geprägter Beschäftigung mit einem neuen Sinn für kollektive Nützlichkeit zu erfüllen. Nichts vermöchte unseren Blick für die Bewältigung dieses Zukunftsproblems unglückseliger zu trüben als die bequeme Abstützung auf ideologische Überzeugungen früherer Zeiten.

Wenn unser Land eine lebenswerte Zukunft hat – und meine Lebenserfahrung bestätigt diese Annahme entschieden –, so in erster Linie deshalb, weil Über-

sichtlichkeit in der Quantität und Vielfalt in der Qualität uns jeden Tag zwei wichtige Voraussetzungen für das schliessliche Einvernehmen gewissermassen als Morgengabe vor die Haustür legen. Lassen Sie mich betonen: schliessliches Einvernehmen. Das ist etwas ganz Anderes, Anspruchsvolleres als unser in den letzten Jahrzehnten aus reiner Bequemlichkeit geübter Herdentrieb, der dem Konsens ebenso eilig zustrebt wie das Vieh dem Stall. Der Einbildung, von vorneherein das allen Zumutbare zu erspüren, eignet etwas Primitives. Sie drückt überdies Intoleranz aus.

Ist die Hoffnung vermessen, der Liberalismus möge sich wieder vermehrt von diesen Einsichten leiten lassen, die den Ruhm der Aufklärung begründeten? Dies würde die Abgrenzung zum Fundamentalismus ganz links wie, unserer Sache gefährlicher, ganz rechts erleichtern. Mich dünkt, die *«Schweizer Monatshefte»* hätten sich dieser Aufgabe verschrieben. Das sichert keine Massenzuhörerschaft, aber Respektabilität, die auch Andersgesinnte zivilisiert.

Die Frage *«Wohin mit 75 Jahren?»* ist damit nicht beantwortet, wohl aber die des *«Womit?»*, die Frage nach der Haltung. Grund genug, herzliche Glückwünsche auszusprechen, Zuversicht zu wünschen auch in der Bewältigung ungewisser Zukunft. Mehr bedarf es nicht. ♦

DIETER CHENAUX-REPOND ist Botschafter der Schweiz in der Bundesrepublik Deutschland. – Dieser Beitrag ist die redigierte Fassung seines Vortrags, den er an der Generalversammlung der *«Gesellschaft Schweizer Monatshefte»* am 4. Juli 1996 in Zürich gehalten hat.

Die Druckerei Schulthess AG kümmert sich seit Jahren mit Sorgfalt und Umsicht um die Drucklegung und den Versand unserer Zeitschrift. Sie hat das Erscheinen dieser Jubiläumsnummer durch einen namhaften Beitrag ermöglicht. Die Gesellschaft *«Schweizer Monatshefte»* und die Redaktion danken für die gute Zusammenarbeit und für die finanzielle Unterstützung bei der Herausgabe dieses Hefts.